

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.

Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr.
Einzelnummer 15 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Bruno Voersch.
Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Inserate, die 3 gefaltete Zeilen
Zeile 30 Pfg.
Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg.
Für Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 7.

Berlin, den 7. April 1901.

5. Jahrg.

Wer ist Herr Paulyn?

Offener Brief an den Berliner Magistrat, die Mitglieder des Stadtverordneten-Kollegiums und Herrn Anhaltsvorsteher Paulyn.

In der Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums vom 21. März d. J. theilte Herr Stadtrat Dr. Straßmann mit, daß sich an ihn 33 Desinfektoren mit der Bitte um Schutz gewendet hätten, da sie es vor Verhöhnung und Verhöhnung gar nicht mehr aushalten könnten.

Hierauf sehen wir uns veranlaßt, Folgendes zu erklären:

Es ist den organisierten Desinfektoren nie eingefallen — diese können nur damit gemeint sein die unorganisierten Kollegen zu verheizen und verhöhnen. Alle diesbezügliche Behauptungen sind grobe Unwahrheiten. Im Gegenteil ist von Seiten der organisierten Desinfektoren stets der Grundlag verfolgt worden, während der Dienstzeit die Erörterung und Erwägung aller Fragen, welche die berufliche Vereinigung betreffen, prinzipiell zu unterlassen und aus dem Wege zu gehen. Schon die bloße Thatsache, daß wir unter uns leider Subjekte haben, welche ihre Existenz zum großen Theil auf Verrath und Denunziation ihrer Kollegen aufbauen, zwang uns zu einem derartigen Verhalten.

Wer sind nun die Macher jenes Schreibens von dem Herr Stadtrat Dr. Straßmann in der erwähnten Stadtverordneten-Sitzung sprach? Der eigentliche Urheber dieses Schreibens wird wohl nie zu ermitteln sein; er hat seine Leute zur Hand welche seine Aufträge stets prompt ausführen und er sädelt die Dinge stets so schlau und geschickt ein, daß er wie ein neugeborenes Lämmchen dasteht! Wer sind aber die offiziellen Urheber dieses Schreibens?

Die „lieben Kinder“ des Herrn Paulyn, des Chefs unserer Anstalt! Herr Paulyn ist ein grummiger Feind unserer Organisation, das ist eine altbekannte Thatsache und werden wir nachher dafür die erdrückenden Beweise erbringen. Dieses wissen jene „Kollegen“, deren ganzes Dichten und Trachten danach geht, bei Herrn Paulyn „lieb Kind“ sein zu wollen. Sie würden Herrn Paulyn auch ein bestimmtes Körpertheil lassen, wenn er dieses von ihnen verlangte!

Warum sollen sie da nicht ein Schreiben verfassen, in dem sie ihren Chef als Engel hinstellen, der gar nicht dazu fähig ist, solche Dinge zu machen, wie sie von ihm in der letzten Zeit behauptet wurden? Warum sollen Leute mit dieser moralischen Verfassung sich nicht auch als von den Verbandsmitgliedern terrorisirte Personen ausgeben, um sich in der Gunst ihres Chefs noch höher zu stellen. Wenn man nun vielleicht einwendet, daß es doch nur wenig solcher Subjekte in der Desinfektions-Anstalt geben kann und nicht alle 33 Unterzeichner des fraglichen Schreibens zu denselben gehören können, so hat man Recht.

Ein Theil dieser Unterschriften ist indirekt „erpreßt“ worden! — Herr Paulyn, unser Chef, hat über uns eine Macht in Händen, kann unsere Existenz zu jeder Stunde vernichten, wie kein anderer Betriebsleiter.

Während der Dienstzeit, die oft 8 und mehr Stunden dauert, ist es uns unter sagt, Getränke und Speisen zu uns zu nehmen!

Wir sollen während der ganzen Dienstzeit hungern und dursten!

Da aber die Natur von thörichten Menschen ihre ewernen Geleze nicht ändern und sich Vorschriften machen läßt, so wird diese Bestimmung selbstverständlich tagtäglich von vielen Desinfektoren durchbrochen.

Weil nun das Einrühren von Speisen und Getränken während der Dienstzeit bei Strafe der Entlassung verboten ist, so kann Herr Paulyn uns Alle tagtäglich in unserer Existenz vernichten.

Man mag sich an den Herrgott wenden und diesen bitten, daß er Weisen schaffte, die 8 Stunden Tag für Tag ohne Nahrung existieren können. Wir können es nicht! Daher wird man, so lange in der Natur die ewernen Geleze wie gegenwärtig herrschen, auch die erwähnte Bestimmung durchbrechen!!

Das wissen die Macher des Schreibens, das wissen alle Desinfektoren, das wissen die „sauberen Kollegen“ und ihre Hintermänner aus. — Wer das Schreiben nicht unterzeichnet, der gehört zu den „Autwiegalern“, der ist ein Geaner des Chefs, fliegt hinaus! — Nicht dem eigenen Triebe sondern der Noth gehorchend, haben diese das Schreiben an Herrn Dr. Straßmann unterzeichnet. Es gehört schon ein ziemlicher Grad von Charakterstärke dazu, in angesichts einer solchen Situation, seine Unterschrift zu verweigern und sich dadurch als Geaner des Chefs offen zu bekennen. — Das Schreiben an Herrn Dr. Straßmann ist also eine ganz elende Mache, freilich von Lüge und Unwahrheit!

Wir gerade hätten die volle Berechtigung uns über die Hänseleien der „lieben Kinder“ des Chefs zu beklagen. Wieviel mal hat man uns von dieser Seite verhöhnt und aufgezoogen, weil wir wöchentlich ein paar Pfennige an den Verband zahlen und „faulenzende Agitatoren“ mästen?!

Das aber Alles wird von Herrn Paulyn gebuldet, das sind ja ganz seine eigenen Ansichten! Und nun zu Herrn Paulyn selber.

Herr Paulyn daß unsere berufliche Organisation, sucht diese alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen und sie durch ununterbrochene, meilens veritete Arbeit tot zu machen.

Das beizureiten zwar Herr Paulyn. Mit großer Emphase behauptet er: er stehe den organisatorischen Bestrebungen ganz neutral gegenüber und kammere sich gar nicht um den Verband. — Das sind aber Unwahrheiten.

Schon als die Desinfektoren sich dem Verbands der Gemeinde-Arbeiter anschlossen, begann seine Agitation gegen die Organisation.

Sie sind doch mehr als gewöhnliche Arbeiter, Sie sind doch geprüfte Desinfektoren und da schließen Sie sich diesem Arbeiter-Verbands an! Wozu schmeißen Sie Ihr Geld da hin?! Gränden Sie sich doch einen eigenen Verein! Wie schön wäre es, wenn ich denn so in Ihrer Mitte weilen würde.“ Diese Ausführungen hat Herr Paulyn wiederholt anfänglich zu einer ganzen Reihe von Desinfektoren gemacht.

Als dann die Desinfektoren seinem Steingefange nicht folgten, griff er zu anderen Mitteln.

Ein Theil der Desinfektoren gehörte Kriegervereinen an. Jetzt machte er diesen Vorhaltungen, daß es sich doch nicht verträge, auch gleichzeitig Mitglied des Verbandes zu sein, da dieser revolutionäre Tendenzen verfolge. Als diese dann nicht freiwillig aus dem Verband schieden, schickte er ein Kriegervereins-Mitglied mit einem Brief zu dem Vorsitzenden des Kriegervereins, in dem angefragt

wurde, ob es sich vereinbare, daß Kriegervereins-Mitglieder auch dem Verbands angehören. — Das war eine ganz schosle Denunziation! Herr Paulyn hat ja jetzt alle möglichen Ausreden — an solchen ist er nie verlegen — für seine diesbezügliche Handlungsweise. — „Was persönlichem Wohlwollen mit den Betreffenden, damit sie ihre Rechte am Kriegerverein nicht verlieren, habe er das nur gethan!“ Herr Paulyn, das glaubt Ihnen niemand!! Sie haben sich weder darum zu kümmern, ob ein Desinfektor dem Kriegerverein oder dem Verbands angehört. Das sind Dinge, welche nur die Desinfektoren selbst angehen! Wie können Sie sich anmaßen, in unserem Privatleben uns Vorschriften machen und beaufsichtigen zu wollen?!

Herr Paulyn! Haben Sie sich nicht auch darüber beschwert, daß unser Verbandsorgan, „Die Gewerkschaft“, Inzerate von Verlagsbuchhandlungen bringt, welche sozialistische Schriften verlegen?!

Was geht Sie das an! Sie haben uns bekannt gegeben, daß wir während der Dienstzeit nicht vom Verbands sprechen dürfen. Gut! Das wollen wir gern befolgen. Aber auch Sie haben dieses zu thun. Sie sprechen dagegen fortwährend vom Verbands, Sie einzig und allein haben vom Verbands viel mehr geredet, als alle Verbandsmitglieder zusammen. — Lassen Sie uns doch zufrieden! Sie hegen den Verbands in der unichönsten Weise! — Ferner. — Als wir die Delegirten zu unserer Betriebskrankenkasse wählen sollten, auch da mächten Sie sich wieder hinein. Da wir nur Verbandsmitglieder aufgestellt hatten, so ärgerten Sie sich natürlich darüber. — Sie fragten, woher wir das Geld zu den gedruckten Kandidaten-Listen hätten. Was ging das wieder Sie an?! Als Ihnen gesagt wurde, daß das Geld der Verbandskasse entnommen wäre, da wollten Sie uns „dem Magistrat melden“!

Wer, Herr Paulyn, hat seinerzeit den Hofinspektor Bjalosky veranlaßt, sich widerrechtlich in Besitz unserer Petition zu setzen, indem derselbe bei der Firma Maurer u. Dimmich sich als kranker Kanalisations-Arbeiter, der sich sehr für die Sache interessirte, vorstellte? Wer, Herr Paulyn, hat ferner Bjalosky veranlaßt, nachdem er durch Zufall bei der genannten Firma als Hofinspektor der Desinfektions-Anstalt entlarvt worden war, nach der Redaktion der „Gewerkschaft“ zu gehen und diese zu bitten, doch von dem Vorfalle nichts in die Öffentlichkeit zu bringen?!

Bjalosky hat uns erklärt, daß er nicht aus eigenem Antriebe die ganze Sache unternommen habe, sondern von einer Stelle, die wir alle kennen, dazu veranlaßt sei! Kennen Sie, Herr Paulyn, vielleicht diese Stelle?!! Haben Sie ferner, Herr Paulyn, uns nicht dadurch Mitglieder abwendig zu machen gesucht, indem sie diesen bessere Stellungen versprochen, wenn sie von unseren Bestrebungen lassen würden?!! Haben Sie nicht erst in den letzten Tagen einem Ihrer „Freunde“ gegenüber erklärt: „Jetzt ist der Verband bald tot“!

Und in angesichts dieser erdrückenden Thatsachen, da wagen Sie, Herr Paulyn, noch zu behaupten, daß Sie uns neutral gegenüber stehen und unsere Bestrebungen nicht bekämpfen?!

Die Schlüsse, welche wir dieserhalb in betreff ihrer Wahrheitsliebe ziehen müssen, die können Sie sich leicht denken.

Sie haben sich auch dadurch beleidigt gefühlt, daß in der „Gewerkschaft“ von Ihnen behauptet wurde: Sie schreien stets so, daß in der Umgegend die Fenster aufgerissen werden. Ist das etwa nicht der Fall? Bei der Szene mit Sabot und Nims schrien Sie: „Ich schmeiße Sie raus; ich werde Ihnen Moros beibringen, schon einmal habe ich Sie rausgeschmissen etc.“ Sie schrien diese und andere Worte in einem derartigen Tone, daß eine ganze Reihe von Fenstern in der Umgegend aufgerissen wurden.

Behandeln Sie uns, verehrtester Herr, gerecht und unterlassen Sie die vorliegende scholle Agitation gegen den Verband. Weisen Sie jenen Subjekten, die sich bei Ihnen „lieb Kind“ machen wollen und mit den gemeinsten Mitteln dieses erstreben, die Thür! Sie wissen doch, daß ein altes Sprichwort lautet: „Sage mir, mit wem Du umgehst und ich will Dir sagen, wer Du bist.“ Daß wir mit diesen hässlichen Naturen, denen jeder Funke von Ehrlich fehlt, nicht gesellschaftlichen Verkehr pflegen und ihren Umgang meiden, das kann uns doch niemand übel nehmen! In allen gesellschaftlichen Kreisen werden jene Elemente verachtet, die durch Kriecherei und Spießhütchenerei ihre Ehrentätigkeit zu fristen und zu verbessern suchen. — Auch wir besitzen Standesgefühl und verachten diese moralisch durch und durch defekten „Kollegen“.

Unser Bestreben ist es von jeher gewesen, auf ruhiger, anständiger Weise unsere Wünsche zu vertreten. Sie aber, Herr Baulyn, setzen auf dem Standpunkt, daß wir Wünsche überhaupt nicht haben dürfen! Daher Ihr mit den verwerflichsten Mitteln gegen uns geführter Kampf! Daher Ihr Haß gegen unsere Bestrebungen!

Dann müssen wir ferner noch bemerken, daß jener Appell, den Herr Stadtrath Dr. Straßmann in der Sitzung des Stadtverordneten Kollegiums verlas — mehrere Desinfektoren wohnten den Verhandlungen bei — nicht jener Appell war, der uns auf der Anstalt verlesen wurde! —

Wir hoffen nun, daß die oberen städtischen Behörden in angelegentlich dieser ganzen Sachlage eine eingehende Untersuchung veranstalten und zu diesem Zweck nicht nur Herrn Baulyn und seine „lieben Kinder“ vernehmen werden, sondern alle Personen, die dabei in Frage kommen. Wir hoffen ferner, daß Herr Baulyn die gebührende Bekämpfungswiese des Verbandes unterliegt und er zukünftig allen Desinfektoren die Thüre zu weisen hat, die als Spitzel und agent provocateur in unserer Anstalt thätig sind.

Mehrere organisierte Desinfektoren der Anstalt I.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **K. Fiebig, Berlin S., Urbanstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Ernst Poersch, Berlin W. 30, Wintersfeldstr. 25,** Portal III. Sprechst. von 10—12 Uhr Vormittags. Sonn- und Feiertags in die Geschäftsstelle geschloffen. Verbandsassistent: **P. Vosskaert, Berlin N. 58, Crodowkstr. 18.** Geschäftsführer der Krankengeld-Zuschußkasse: **G. Damm, Berlin W. 30, Wintersfeldstraße 25.** Alle Korrespondenzen, Anfragen etc., die den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft“ und die Krankengeld-Zuschußkasse bestimmt sind, nur an den Verbandsassistenten zu richten. Alle Korrespondenzen und Geldsendungen für die Krankengeld-Zuschußkasse gehen an **G. Damm, Berlin W. 30, Wintersfeldstraße 25.**

Geldsendungen für die „Gewerkschaft“ gehen an **Dr. Poersch.**

Vorsitzender des Ausschusses: **F. Schulz, Berlin S.O., Lankerscheiderstraße 21.**

Erkenntnis.

Den Jütalen-Vorständen sind dieser Tage die neuen Streikreglemente zugelandet worden. Dieselben haben dafür Sorge zu tragen, daß jedes Mitglied ein solches Reglement erhält. Außerdem sind Jütal zum Ueberleben der früher herrschenden Bestimmungen an die Jütalen-Vorstände mitgeteilt worden. Diese Jütal sind als auf Seite 10 des Statuts zu lesen. Es muß darauf geachtet werden, daß die alten Bestimmungen auch

wirklich überlebt werden, damit später nicht Irrthümer entstehen.

Diejenigen Jütalen-Vorstände, welche Sammellisten für den Gasarbeiter-Kongress einreichen, werden gebeten, genau auf jede Seite des Jütals zu achten, was auf derselben eingezeichnet ist. Dieselben sind meistens so beschriftet, daß wir bei ihrer Uebersendung der gewünschten Angaben genau die gesammelte Summe feststellen können.

Für den Gasarbeiter-Kongress lesen Sie hier bei dem Unterzeichneten folgende Gelder ein: **Magdeburg 1 27,50 Mk., Charlottenburg 28 — Mk.**

Für den Verbands-Vorstand:
Dr. Poersch.

Korrespondenzen.

Berlin 1a. Die Jütale dieht am Dienstag, den 26. März ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Aufstellung von Kandidaten zur Vorstandswahl. 3. Verbandstheil. 4. Beschiedenes.

Da sich keine Kollegen zur Annahme gemeldet hatten, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung geschritten.

Es wurden die Kollegen Wegener als 1. Vorsitzender, Grodogy als 2. Vorsitzender und Kollege Ahlert als Kassierer von der Versammlung einstimmig als Kandidaten aufgestellt. Die Besetzung des Schriftführerpostens wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Im dritten Punkt der Tagesordnung wurde für den Kollegen Radlow, welcher sein Amt als Vertrauensmann der Gasarbeiter niederklegte, Kollege Grodogy gewählt. Ueber die Art und Weise der dieser ablichen Kaufmännischen der Krankengeld-Zuschußkasse kam es hierauf zu einer eingehenden Diskussion; im Verlauf derselben wurde beschlossen, die Angelegenheit zur weiteren Verhandlung auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu legen.

Die Kollegen Wegener und Grodogy wurden der Versammlung zu der am 3. April d. J. stattfindenden Wahl eines Arbeiterauschussesmitgliedes, als Kandidaten empfohlen.

Unser Verchiedenem wurde eine Kommission von vier Mann gewählt, welche das Arrangement zur Feier des 1. Mai zu übernehmen hat.

Mit einem jubelnd aufgenommenen Hoch auf das Gelingen und Gedeihen der Jütale wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Berlin 1b (Gaswerk GutsMuthsstr.) Am 26. Februar tagte die programmmäßige Mitglieder-Versammlung der Jütale. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Anwesenden das Andenken der beiden verstorbenen Mitglieder Zimmermann II und Beneke durch Erheben von den Plätzen. Hierauf wurde die Wahl eines Geschäftsführers zur Krankengeld-Zuschußkasse vorgenommen; das Amt wird dem Kollegen Grodogy übertragen. Nachdem das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen, wies der Vorsitz von vier Mann, den die Jütale als Streikunterstützung für die Gasarbeiter in Warmen Steinhag zu entrichten hat, bemerkt. Es wird ferner beschlossen, die Jütale auf dem Gasarbeiter-Kongress durch einen Delegierten vertreten zu lassen. Nicht lebhaft wurde über die gegenwärtige Quantität der Krankengeld-Zuschußkasse debattiert und wird einem Kollegen, da er mit den Verbandsbeiträgen bedeutend im Rückstand ist, ein Drittel der jährlichen Unterstützung abgezogen. Jeder erkrankte Kollege, welcher Anspruch auf Unterstützung erhebt, hat beim Beginn und nach der Beendigung der Krankheit das ärztliche Attest dem Kassierer vorzulegen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schließt der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Die Berliner städtischen Arbeiter und Unterangeordneten hatten am Montag, den 25. März, eine gut besuchte Versammlung im Gewerkschaftsbaus. Bruno Poersch referierte über: „Die beabsichtigte Rajertragung der städtischen Arbeiter und Beamten.“

Der Redner geht von dem in der Stadtverordneten-Versammlung von Wommien gestellten Antrag aus, daß seitens der Stadt Wohnungen für die städtischen Arbeiter erbaut werden sollen, und führt des Weiteren aus: Dieser Antrag sei wohl durch die herrschende Wohnungsnot hervorgerufen. Um dieser aber abzuwehren, sei es eine gerechte Forderung, daß von städtischer Seite allgemeine Arbeiterwohnungen erbaut würden, aber gegen die Ansicht, wozu für die städtischen Arbeiter solche zu bauen, und dann, wie das ja selbstverständlich sei, den Mietkontrakt mit dem Arbeiterkontrakt in Verbindung zu bringen, müßte energisch protestirt werden, denn dadurch würde die Abhängigkeit der Arbeiter von der Stadt vergrößert, die Arbeiter würden zu willenlosen Werkzeugen herabgedrückt. Redner weist darauf hin, daß bei den städtischen Arbeitern der Reichthümer die Bestimmung getroffen ist, daß sie bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses die Wohnung innerhalb dreier Tagen räumen müssen. Daraus empfiehlt Redner den von den städtischen Arbeitern gestellten Bau- und Sparverein und verweist dabei auf den von dem Stadtverordneten-Kollegium angenommenen Antrag, durch den der Reichthümer erucht wird, die Hausgenossenschaften zu unterstützen. Redner meint, durch die Hausgenossenschaften sei die Wohnungsfrage zwar nicht zu lösen, doch könnten sie dazu beitragen, die Wohnungsnot etwas zu vermindern. Nach kurzer zunehmender Diskussion wird eine im Sinne des Referats gefasste Resolution einstimmig angenommen.

Der dritte Punkt der Tagesordnung: „Wie steht es mit der allgemeinen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter?“ wird auf Beschluß der Versammlung von der Tagesordnung abgesetzt, weil der zur Behandlung dieser Angelegenheit

von der Stadtverordneten-Versammlung gewählte Ausschluß noch zu keinem Resultat gelangt ist. Es soll gleich nach Osten wieder eine große öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter stattfinden, zu der die betreffenden Stadtverordneten eingeladen werden, und in der über diese Frage verhandelt wird.

Charlottenburg. Die Mitglieder-Versammlung der hiesigen Jütale, welche am Dienstag, den 26. März zum letzten Male in der Gambinstraße tagte, beschloß sich, nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und unbeanstandet angenommen worden war, zuerst mit der Stellungnahme zum deutschen Gasarbeiter-Kongress. Nachdem von mehreren Kollegen auf die Wichtigkeit und überaus große Bedeutung des Kongresses hingewiesen worden, beschloß die Versammlung eine Abordnung, die mit der Vertretung der hiesigen Gaswerke betraut ist, nach Frankfurt a. M. zu delegieren. Die Wahl der Personen findet später statt. Einem beim Vorstände eingebrachten Antrag, wonach die Vorstandswahl der für ihre Obliegenheiten im Interesse des Verbandes entscheidend werden sollen, wird einstimmig stattgegeben, und zwar sollen erhalten: Der Vorsitzende, Kassierer und der Schriftführer je 5 Mk. pro Quartal; die Mitglieder erhalten pro Sitzung 50 Pf. Entschädigung, die Unkosten sollen durch Ertragssteuer — pro Quartal und Mitglied 1 Pf. — gedeckt werden. Da der Besonnenener am 1. April d. J. seine Verbindlichkeiten mit der Brauerei-Genossenschaft löst, und die Räume des Establishments angelehrt wegen Renovierungsarbeiten von dem Nachfolger zur Verfügung zu werden nicht hergegeben werden, ist es notwendig, daß ein anderweitiges Versammlungslokal beschafft wird. Die Versammlung erwählt den Vorstand, mit dem Restaurateur, Genossen Leber, Eduard Wismarck und Altkassierer, wegen Herabgabe seines Saales zur Verfügung zu werden in Unterhandlung zu treten. Derselbe erwählte Kollege Schumann namens des Delegationskomitees Bericht über den am 2. März abgehaltenen Maskenball. Der Geschäftsbericht weist am Schluß einen Ueberschuß von 45 55 Mk. nach; dem Komitee wird Entlassung ertheilt. Beim Beschiedenen wird von einigen Kollegen das frivole und aller Kollegialität fehlende Verhalten des Vorstandes Mißbilligung ausgedrückt. Nur um sich nach „oben“ hin liebes Kind zu machen, und seine eigenen Fehler und Vergehen zu bemänteln, propagirt dieser Herr jetzt seine früheren Arbeitskollegen, um sie zu sachlichen Anstellungen über Dies oder Jenes zu veranlassen, um hernach die belanglosesten Anmerkungen aufzubringen und in ganz anderem Sinne die der Obrigkeit anzubringen. Er leitet demnach den Vorgesetzten gegenüber thätigst Spitzel- und Spionagetriebe. Die Verbandskollegen seien hiermit auf das Treiben dieses Mannes aufmerksam zu machen, der sich nicht entblödet, die Gerechtigkeit der Arbeiter und Arbeitskollegen auf Spiel zu legen; der sich nicht schämt, die Wohlthaten der Arbeiter, welche ihm wiederholt durch Sammlungen von Geldern während seiner Krankheit etc. zu Theil geworden sind, mit Hüten zu treten. Man sollte meinen, die Unläufigkeit gegen Herrn vorerbrachten Anmerkungen von Seiten der aus Erfahrung gekommenen Werkstättenarbeiter, nach dem es sich um zweifelbarte Manipulationen im Bereich der Verabfolgung von Seite, Perkolom u. s. w., welche Artikel zum Vertriebsverbrauch bestimmt waren, handelte, hätten dazu beigetragen, daß sich der Herr Vorstand Mißbilligung weniger impertinent gegen die Arbeiter bediene. Herr Mißbilligung noch ist nicht aller Tage bediene. Herr die Grinsen behaupten, dann bitten Sie sich auch, die Grinsen Anderer zu untergraben, sonst werden wir einmal ein anderes Wort. Nachdem noch interne Angelegenheiten besprochen waren, erfolgt Schluß der Versammlung.

Hamburg. Am 25. Februar tagte auf der Beddel bei Herrn Kramm eine öffentliche Versammlung der in Staatsberufen beschäftigten Arbeiter, welche verhältnismäßig recht gut besucht war. Nach einem trefflichen Referat des Besonnenen Bürger über: Zweck und Ziel des Verbandes, dem sich eine Diskussion angeschlossen, trat der Orts- und Seemannsverein „Wilhelmsburg“ mit ca. 50 Mitgliedern zum Verbands über.

Mitglieder-Versammlung am 17. März bei Schwarz. — Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahlen. 3. Beranigen. 4. Beschiedenes. Zuerst wird beschlossen, die Mitglieder-Versammlung wieder auf Freitag Abends anzuberaumen. Sodann folgte die Wahl von einem Vertrauensmann für Monats-Tarifen, sowie vier weitere Ersatzvertrauensleute. Zum 3. Punkt entwickelte sich eine längere Debatte über ein eventuelles Sommervergütigen, wovon jedoch für diesmal Abstand genommen werden soll. Dagegen wird beschlossen, das Stiftungsfest am Sonnabend, den 18. September etc., im Schwarzischen Lokale abhalten zu wollen. Hierzu werden als Komitee gewählt: Drenger, Koops und Schumdrmann. 4. Punkt: Beschiedenes.

Der Vorsitzende vertieft ein Schreiben von dem Verband der Eisenbahner, in welchem es nicht für günstig erachtet können, daß wir infolge geringerer Beiträge in andere Verbände einmischen. Ein Antrag, die Vertrauensleute von ihrem Wochenbeitrag zu entbinden, wird angenommen, ebenso ein Antrag der Wilhelmsburger Kollegen, auf der Beddel zu werden eine Versammlung abzuhalten. Das Verhandlung noch einiger interner Angelegenheiten erfolgt um 5 Uhr Schluß der gut besuchten Versammlung.

Am 17. d. M. d. H. d. H. Wir machen die Hamburger Jütale ganz besonders darauf aufmerksam, daß es nach dem Statut nicht zulässig ist, Mitglieder des Verbandes, ob Vertrauensleute oder Vorstand aus anderen Gründen, als die in § 4 des Verbandsstatuts vorgelassen sind, von den Wochenbeiträgen zu entbinden. Wir sind nicht etwa dagegen, daß die Vertrauensleute und Jütalen-Vorstände für ihre Mißverhaltens und persönlichen Ausgaben, die sie im Interesse des Verbandes leisten,

aus
fol
Ber
zu
werden,
lung
März
ber
men
schen
gen
des
lung
ligen
dele-
st. -
nach
im
wird
Der
pro
Fig.
-
den.
Ber-
die
ungs-
den
Ber-
teur,
egen
in
lege
über
Ge-
von
eit.
das
den
met.
fen,
tein
gen,
aber
stern
me
den
om-
das
sich
tüs-
die
uch
z.
Ran-
nung
um
ung
Be-
zu
lass
herr
die
ein-
An-
Ber-
del
in
rüg-
des
des
mit
-
lit-
ung
nn
na-
ein
al
Be-
ep-
ps
em
für
ei-
nt-
er
er
er
sch
en
en
nd
m-
en
n.

entschieden werden, doch muß diese Entschädigung der-
maßen geregelt werden, daß man hierbei nicht mit dem Statut
in Konflikt gerät. In den meisten Fällen erhalten die
betreffenden Personen eine feierliche vierteljährliche Be-
zahlung aus der Jubiläum-Kasse. Andere Jubilanten wieder
haben Extraktoren, wovon dann die Honorierung der
Vorstandsmitglieder z. erfolgt.

Magdeburg 1. Am Sonnabend, den 6. März,
gab unsere regelmäßige Mitglieder Versammlung der
Stille 1 bei Herrn Winter, Roggenstr. 80.

Auf der Tages-Ordnung stand: Vortrag des Kollegen
Hartardt über das Thema: „Die Menschheit, wie sie ist
und wie sie sein sollte“. Der Referent entlegte sich
seiner gut gestellten Aufgabe in vorzüglicher Weise und
erregte hierfür förmlichen Beifall. Im zweiten Punkte
wurde die Maßregelung eines Kollegen besprochen und
als solche vor den Versammelten anerkannt. Es wurde
eine fünfgliederige Kommission erwählt, welche beantragt
wurde, Schritte einzuleiten, bei der Verwaltung des
Bauwerks dahin vorzugehen zu werden, daß diese Maß-
regelung rückgängig gemacht werde. Hierauf erkrankte
Kollege Hartardt den Bericht vom Gewerkschaftsreferat,
worin nun das Vergütungs-Komitee bekannt gab, daß
das Sitzungsgeld am 1. Mai in den Händen der
„Drei Kaiserburden“ ist. Beim Verschiedenen
entspann sich wieder eine rege Debatte über das Ver-
halten des Herrn Referenten. Wie es scheint,
rechnet es sich Herr Kämpf als besondere Ehre an, wenn
ein malitioses Kritiken fortwährend in Gewerkschafts-
blättern kreist. Dieser Herr Kämpf erörtere sich
ogar, den Arbeiterausschuß, welcher doch vom Herrn
Direktor Dittmann anerkannt worden ist, mit seinem
Ziele zu belegen, welcher in keinem Verstoß zu finden ist.
Der Herr dankt sich alldmächtig und glaubt, er sei
gerichter und Gebieter der Gassanten. Mit einem
rühmlichen Appell an das Solidaritätsgefühl der Ver-
ammelten wird diese sehr gut besuchte Versammlung ge-
schlossen.

Aus unserem Beruf.

**Die Arbeiter, Handwerker und Schreiber der
Kaiser-Inspektionen der Berliner Gaswerke**
haben nachstehende Petition behufs Aufhebung ihrer
Vohn- und Arbeitsverhältnisse an die Direktion gefandt:

An die
Vohnwobllöbliche Direktion der städtischen Gaswerke
zu Berlin.

Am 17. Januar tagte eine Versammlung in der
Kaiser-Inspektion der städtischen Gaswerke beschäftigten
Arbeiter, Hohlzieger, Schloffer und Schreiber und wurden
die Unterzeichneten von der Versammlung beauftragt,
folgende Petition bezüglich höherer Vohn- und besserer
Arbeitsverhältnisse der genannten Kategorien einer wohl-
wollenden Direktion zu unterbreiten.

Es soll eine allgemeine Vohnregelung eintreten und
zwar sollen Arbeiter und Hilfsarbeiter nachstehende
Wochenlöhne erhalten:

Anfangslohn	21.-	Mk.
Nach einem Jahre	22.50	-
3	24.-	-
4	25.50	-
5	27.-	-
8	28.50	-
10	30.-	-

Hohlzieger, Schloffer und erste Schreiber sollen einen
höheren Vohn erhalten und zwar:

Anfangslohn	24.-	Mk.
Nach einem Jahre	25.50	-
2	27.-	-
3	28.50	-
4	30.-	-
5	32.-	-
8	34.-	-
10	36.-	-

Jedoch sollen diejenigen Arbeiter Schloffer u. s. w.,
welche bereits in einer höheren Vohnklasse stehen, in der-
selben verbleiben, bis sie dem Dienstalter entsprechend in
die höhere Klasse eintrüben.

Die tägliche Arbeitszeit soll 9 Stunden betragen
und zwar von Morgens 7 Uhr bis Abends 6 Uhr. An
den heiligen Abenden soll die Arbeitszeit nachmittags
um 4 Uhr beendet sein; an Sonn- und Feiertagen ist
die Arbeitszeit bis nachmittags 3 Uhr als voller Tag zu
rechnen.

Desgleichen bitten die Petenten einen Sommer-
urlaub von 3-14 Tagen, unter Fortzahlung des Lohnes,
e nach dem Dienstalter zu gewähren. Berechtig zum
Urlaub soll Jeder sein, der 3 Jahre im Betriebe be-
schäftigt ist und ist folgende Urlaubszeit in Betracht zu
nehmen:

Nach 3 Jahren	3 Tage
5	6
8	10
10	14

Die Petenten begründen ihre Wünsche wie folgt:
Trotz der Vohnzulage, die wir infolge unserer
Petition vom Dezember 1899 erzielten, sind wir durch
die fortgesetzte Preis- und Lebensmittelpreiserhöhung noch
nicht besser gestellt, da die immerwährende Steigerungen
das, was wir erlangen haben, bei Weitem wieder auf-
wiegen und ist es unter den jetzigen Vohnverhältnissen
unmöglich, die Familie anfänglich zu ernähren. Deshalb
 bitten wir, unsere geringe Forderung als berechtigt anzu-
erkennen.

Die Einführung der Wochenlöhne wird deshalb
gewünscht, weil unser Arbeitsverhältnis ein festes ist
und in den meisten Betrieben schon Wochenlöhne gezahlt
werden.

Die Befreiung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden
ist, nach Aussprache hervorragender Autoritäten, als
einziges Mittel zur Erhaltung geistiger und körperlicher

Kraft zu betrachten, da nur die lange Arbeitszeit und
so-berliche Entbehrungen die Ursache aller Krankheiten
sind, denen der Arbeiter anheim fällt.

Dieselbe Begründung ist für den Sommer-Urlaub
anzuführen, denn wenn ein Arbeiter jährlich, jahraus
im Betriebe der Großstadt tätig ist und seine Gesund-
heit im Dienste der Stadt aufreißt, ist ihm eine Erholung
wohl zu gönnen. Selbst bei mehreren städt. Betrieben,
z. B. bei den Wasserwerken, der Desinfektion und in
vielen Privatbetrieben wird bereits schon Sommer-Urlaub
gewährt und ist daher auch unser Wunsch voll und ganz
berechtigt.

Die Petenten geben sich der Hoffnung hin, daß die
löbliche Direktion die Berechtigung der unterbreiteten
Wünsche anerkennt und für baldige Bewilligung derselben
Sorge tragen wird.

Wir betonen, daß die große Mehrheit der Interessenten
uns mit der Unterbreitung der Petition beauftragt hat
und die Unterzeichneten derselben der löbl. Direktion jeder-
zeit zur Verfügung stehen.

Berlin, den 28. März 1901.
Carl Lottmann,
Salzwedelerstraße 6.

Emil Polte, Paul Ebel,
Sohnenminderstraße 8. Adalbertstraße 53.

Das Berliner Stadtvorstandes-Kollegium
nahm in seiner Sitzung vom 22. März die verbesserte
Vorlage betreffs der Pensionsberechtigung und Unter-
stützung der städtischen Arbeiter an. Die
Pensionsberechtigung tritt mit dem 1. April d. J. in
Kraft. Wir werden auf die angenommene Vorlage noch
zurückkommen.

Dresden. Nachdem die Kollegen Rohlfardt und
Alte nach der bekannten Art vor Weihnachten v. J. zu-
erlassen worden, ebenso auch verschiedene andere Ent-
lassungen unter folgenden Umständen erfolgt sind,
genau so ist nun auch der Vertrauensmann der hiesigen
Stille 3. V. in den Urlaub entlassen worden, und zwar
Umständen, welche von allen den organisierten Arbeitern
als eine Maßregelung nach allen Regeln der Kunst an-
gesehen wird.

Folgende Darstellung möge das klarstellen. V. ist
wurde im Jahre 1896 vom Tiefbauamt, wo er beschäf-
tigt war, wegen Forderung höherer Löhne mit noch
anderen 16 Arbeitkollegen angeführt, welche jedoch nach
und nach mit Ausnahme V.'s wieder eingestrichelt
wurden. Im Frühjahr 1899 wandte sich V. mit einem
Gesuch, worin er um seine Wiedereinstellung bat, an das
Tiefbauamt. Er wurde auch eingestrichelt, wohl in der
Meinung, daß V. sich das Tiefbauamt fernhalten mit
Forderungen versehen wird. Da jedoch die Lage der
städtischen Arbeiter in Dresden viel zu wünschen übrig
lieft, so mußten wieder mehrere Engländer um Beset-
zung der V. eingestrichelt werden.

Nun schickte sich V. in V. sich nach einer jeden
Petition streng beobachtet, trotzdem wurde im Herbst 1899
und im Frühjahr 1900 wegen Vohnüberhöhung beim Staa-
tsbauamt petitioniert, worauf auch die meisten Arbeiter eine
Vohnzulage von 2 Mk. pro Stunde erzielten. Gleichwohl
wurde alles angeboten, um V. seinen Urlaub zu machen;
doch es gelang den Vorgesetzten nicht, einen Grund zur
Entlassung herbeizuführen, aber es wurde beständig gegen
V. Material gesammelt.

Als nun im Herbst der Arbeitsmangel eintrat und
leute entlassen wurden, da kam auch V. am 17. No-
vember zur Entlassung, obwohl noch sehr viel Arbeiter
beschäftigt wurden, die bedeutend später beim Tiefbauamt
in Arbeit eingetreten waren als V. (St. im Hause).
Es war V. schon damals klar, wie der Wind wehte,
es konnte aber nichts unternommen werden, weil der
Winter vor der Thür stand.

Als nun V. in den ersten Tagen des März d. J.
nachdem das Tiefbauamt die Arbeiten im vollen Umfang
wieder aufgenommen hatte, auf den verschiedenen Arbeits-
plätzen des Tiefbauamtes um Arbeit nachfragte, wurde
er überall abgewiesen; daraufhin wandte er sich an den
Inspektor Schneider, welcher ihm mitteilte, daß ihm
keiner der Vohrer des Tiefbauamtes haben wolle, indem
durch V. immer Jaak und Streit unter den Arbeitern
herrsche. Belondere Fälle konnten aber nicht angeführt
werden. Mit Ausnahme eines einzigen Vorkommnisses,
welches im Herbst 1899 passirt ist und darin bestand, daß
sich V. kurz vor der Frühstückspause an die Wasserleitung
begab, um seinen Kofferzug zu reinigen. Bei diesem
Staatsverbrechen hat ihn der Aufseher Krofche betroffen
und dem V. auch Vorwürfe wegen Verläumdung der Ar-
beitszeit gemacht. V. war darüber aufgeregt, warf
den Krug auf den Erdboden und ging an seine Arbeit.
Auf Vorstellung der Inspektoren beim Herrn Baurath
Rietze meinte dieser, es seien im Laufe des vorigen
Jahres Beschwerden über V. eingegangen. Er
brauche sich daher auch nicht zu wundern, wenn er
schärfer beobachtet würde; an eine Einstellung sei vor-
läufig nicht zu denken.

Darauf wandte sich V. am 14. v. M. an den Herrn
Oberbürgermeister mit der Bitte, ihn anzuhören und um
genaue Untersuchung der Entlassungsgründe.

Der Herr Bürgermeister hat nicht geantwortet, da-
gegen ist am 20. März d. J. folgendes Schreiben an
V. gelangt:

Auf Ihre an den Herrn Oberbürgermeister gerichtete
Eingabe vom 14. März werden Sie im Auftrag des-
selben hiermit beschieden, daß die Annahme einzelner
Arbeiter für Tiefbauamtliche Arbeiten zur Unabhängigkeit
des Tiefbauamtes und der diesem jugendlichen Beamten
gehört, und daß der Herr Oberbürgermeister Bedenken
trägt, in der erwähnten Beziehung seinerseits einzu-
greifen.

Der Rath zu Dresden.
Tiefbauamt.
Rietze, Stadtbaurath.

Das heißt soviel wie für Dich haben wir keine
Arbeiter.

Die Gemeinde-Verwaltung von Mannheim
hat bei dem Bürgerausschuß folgende Regelung der Vohn-
verhältnisse beantragt:

	Vohnklasse			
	A	B	C	D
Anfangslohn	3,90	3,30	3.-	2,80
Höchstlohn	4,50	4.-	3,50	3,30
Zulage nach 1 Jahr	0,10	0,20	0,20	0,20
Zulage nach weiteren 4 Jahren	0,25	0,25	0,15	0,15
Zulage nach weiteren 5 Jahren	0,25	0,25	0,15	0,15

Zur Durchführung dieser beantragten Regelung ist
eine Mehrausgabe von 28350 Mk. notwendig. Mit
Einschluß dieser Summe sind dann von der Stadt Mann-
heim in den Jahren 1899 und 1900 insgesamt zur
Verbesserung der Vohnverhältnisse der städtischen Arbeiter
129,218 Mk. bewilligt worden.

In der Begründung der beantragten Neuregelung
betont der Stadtrath, daß die Stadtgemeinde die Ver-
pflichtung habe, ihre Arbeiter auskömmlich zu entlohnen,
wenn auch in Folge der Arbeiterentlassungen einzelner
Fabriken billiger Arbeitskräfte erhältlich seien.

„Eine Kommunalverwaltung habe ungleich mehr als
der private Arbeitgeber neben dem finanziellen Gesicht-
punkte auch das ethische Moment zu berücksichtigen, das
verlange, daß die Gemeinde als Arbeitgeberin großen
Stills im Falle einer Krise durch ihr Beispiel die
Depression der Arbeitslöhne nach Kräften hintanzu-
halten suche.“

Es ist erfreulich, daß der Mannheimer Stadtrath den
Grundsatz vertheidigt: „Städtische Betriebe sollen Muster-
institute sein.“ Herr Baurath Hoffe in Dresden wird
wieder einige Rächte nicht schätzen können, wenn er die
oben angegebene Begründung des Mannheimer Stad-
traths liest, von dem er kürzlich gegenüber einem Verbands-
kollegen beauptete, daß er ganz in den „Handen der
Sozialdemokratie liege“, was „Gott sei Dank!“ in der
Dresdener Stadtverwaltung noch nicht der Fall sei!

Eine Lohnaufbesserung bis zu 10 pSt. sollen die
Arbeiter der städtischen Gasanlagen in München ab
1. April erhalten: zu diesem Zweck wurden 46700 Mk.
in den Etat eingestellt. Außerdem wird eine kleine Ver-
fürzung der Arbeitszeit eintreten. Wir notwendig dies
ist, erzieht man daraus, daß selbst bei der verletzten
Arbeitszeit die Retortenbau-Arbeiter erst nach sechs
zweifelhafte Schichten eine 24stündige Ruhepause
haben werden.

Bundshan.

Wirtschaftlicher Rückgang. Die deutsche Aus-
fuhr im Februar 1901 ist um 295 718 Tonnen niedriger
als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; sie betrug
2 248 838 Tonnen. Die Einfuhr ist um 403 177 Tonnen
gestiegen und erreichte die Höhe von 2 679 191 Tonnen,
doch entfällt die Steigerung wesentlich auf Kohlen, von
denen 387 201 Tonnen mehr eingeführt wurden.

Eine wirtschaftliche „Bundshan“ gibt
jetzt ab das Korrespondenzblatt der Generalkommission
heraus. Die „Bundshan“ wird von dem Richtungs-
abgeordneten Schöppel bearbeitet und geht almonatlich
den Gewerkschaftsblättern zu. Sie hat den Zweck, die
Gewerkschaften nach Möglichkeit über die jeweilige Wi-
irtschaftslage zu unterrichten, damit nicht zu unge-
legener Zeit in eine Bewegung eingetreten wird.
Wir empfehlen bekanntlich schon bei der Vergrößerung
des Korrespondenzblattes, daß die General-Kommission
Kräfte wie Schöppel z. zur Mitarbeit heranziehen möchte.

In der Berliner Gewerkschafts-Kommission
sind nach dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1900
insgesamt 94 758 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter
betreten; im Vorjahre waren es nur 70 723, es ist also
eine erfreuliche Steigerung zu verzeichnen. Die Gesamt-
einnahme und Ausgabe betrug 55 969 Mk. Am
1. Januar d. J. war noch ein Kassenbestand von
12 407 Mk. vorhanden. — Im Berliner Gewerkschafts-
rat, das kürzlich ebenfalls seinen Rechenschaftsbericht
veröffentlichte, sind außerdem 12 300 lokalorganisierte
Arbeiter betreten.

**Der Hauptvorstand des deutschen Metal-
arbeiter-Verbandes** unterbreitet der bevorstehenden
General-Versammlung eine Vorlage, nach der Deutsch-
land in zehn Bezirke bezüglich der Organisation und
Agitation eingeteilt werden soll. An die Spitze jedes
Bezirks soll ein vollqualifizierter Beamter mit einem Anfangs-
gehalt von 160 Mk. pro Monat, steigend nach einem
Jahr auf 180 Mk. gestellt werden. Dann soll das Gehalt
monatlich um 5 Mk. steigen, bis zum Höchstbetrage von
3000 Mk. — Uns freut es, daß man immer mehr und
mehr die Bedeutung eines tüchtigen Beamtenstandes inner-
halb der Gewerkschaftsbewegung auch in Deutschland zu
würdigen anfängt.

Amtesanwalt Karlchen.

Von Peter Schlemihl.

Ich kenne Karlchen schon lange. Wir waren zu-
sammen an dem Gymnasium. Ich schickte ihn einmal
so an den Dien, daß er einen Baustellen vorort und ich
wegen entzündlicher Kothbeut zwei Stunden Karzer erzielte.
Karlchen hatte nämlich schon damals eine Reizung zum
Angelegenheiten und bei zum Rektor, welcher mir er-
klärte, daß auch bei den alten Griechen die Verbrecher
mit solchen Handlungen ihre Laufbahn begannen hätten.

Man freut es sich keine angenehmen Erwartungen,
die Karlchen's Name in mir wachruft, aber Niemand soll
glauben, daß ich deshalb diese Geschichte von ihm erzähle.
Ich hatte ihn wirklich verzeihen, weil er der Dumme in
unserer Klasse war. Später wurde er Amtesanwalt in
München.

*) Aus dem „Stundtblatt“.

